

II- 995 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 9. Juni 1972
Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/25-4/01-72

394/A.B.

zu 451/J.
Präs. am 16. Juni 1972

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Ermacora und Genossen betreffend die Umweltschutzkonferenz der Vereinten Nationen 1972. (Zl. 451/J-NR/1972).

In der vorliegenden Anfrage werden an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende Fragen gerichtet:

1. Aus welchen Fachbereichen werden Mitglieder der österreichischen Delegation zur Umweltschutzkonferenz 1972 (Stockholm) berufen?
2. Sind als Mitglieder der Delegation auch Personen vorgesehen, die an den Vorbereitungen der Konferenz in New York teilgenommen haben und, wenn nein, warum nicht?
3. Mit welchen Richtlinien ist die Delegation ausgestattet?
4. Werden sich die österreichische Delegation und der zuständige Bundesminister dafür einsetzen, daß ein allenfalls in Aussicht genommenes neues UN-Organ seinen Sitz in Österreich (Wien) haben wird?

In Beantwortung der Anfrage teile ich mit:

Zu 1:

Die österreichische Delegation zur Umweltenschutzkonferenz besteht aus folgenden Mitgliedern:

- 2 -

Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
Dr. Ingrid LEODOLTER,

A. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister
Dr. Ernst PICHLER (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten)

Landeshauptmann von Oberösterreich
Dr. WENZEL,

Stadtrat Ing. HOFFMANN, Stadt Wien,

Ministerialrat Dr. Herbert PINDUR, (Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz)

Ministerialrat Dipl.Ing. HANISCH (Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie),

Ministerialrat Dr. ROSSOL (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft),

Ministerialrat Dipl.Ing. SUST (Bundesministerium für soziale Verwaltung),

Dr. Prager (Österreichischer Arbeiterkammertag),

Dr. Knoll (Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft),

Dipl.Ing. Dr. STUMMER (Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs),

Mag.Wagner (BKA-ÖROK),

Botschaftssekretär Dr. Lorenz.

Zu 2.:

An den vorbereitenden Arbeiten für die Konferenz, die am Sitz der Vereinten Nationen in New York stattgefunden haben, haben Angehörige der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York teilgenommen, dies unter ständigem Kontakt mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Die diesbezüglichen Informationen und Berichte lagen

- 3 -

auch den Vorbereitungen der österreichischen Delegationsmitglieder zugrunde. Die Entsendung eines Angehörigen der österreichischen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York zur Umweltschutzkonferenz ist im Fall des tatsächlich auftretenden Erfordernisses vorgesehen.

Zu 3.:

Die Richtlinien für die Arbeit der Delegation ergeben sich aus der Aufgabenstellung der Plenarsitzungen der Konferenz, so insbesondere der Erarbeitung des allgemeinen Statements, der Vorbereitung einer "Deklaration über die menschliche Umwelt" und des "Länderberichts". Letzterer wird die Berichte jedes einzelnen Staates über seine Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes zum Gegenstand haben. Dabei wird Österreich auf die Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz verweisen, aber auch Anregungen bezüglich Umweltschutzmaßnahmen geben welche unter Berücksichtigung der Notwendigkeit regionaler Differenzierung die Erhaltung und Schaffung von Erholungsgebieten und die Verbesserung der Umweltbedingungen in den Industriezentren zum Gegenstand haben. Weiters wurden Richtlinien für die Tätigkeit der Delegationsmitglieder in den drei Fachkommissionen gegeben. An den Arbeiten dieser Fachkommissionen werden die einzelnen Delegationsmitglieder je nach ihrem Aufgabenbereich teilnehmen.

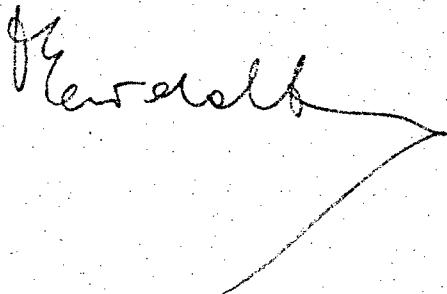
Zu 4.:

Im Sinne der ergangenen Instruktionen wird sich die österreichische Delegation dafür einsetzen, daß ein allenfalls in Aussicht genommenes neues UN-Organ seinen Sitz in

- 4 -

Österreich (Wien) haben wird. Die österreichischen Vertretungsbehörden in den an der Konferenz teilnehmenden Ländern haben in diesem Sinne bereits bei den jeweiligen Regierungen interveniert.

Der Bundesminister:


Kerschbaumer